



Ehrenamtliches Engagement beim Pflastern des Hauptwegs im Eichenbühler Friedhofes spart der Gemeinde geschätzte 10 000 Euro.

Foto: Siegmар Ackermann

Bürger pflastern Friedhofsweg

Gemeinderat: Eichenbühl schreibt Konzept für Konsolidierung fort, um weitere Stabilisierungshilfe zu bekommen

Von unserem Mitarbeiter
SIEGMAR ACKERMANN

EICHENBÜHL. Einstimmig beschloss der Eichenbühler Gemeinderat am Mittwoch, das Haushaltskonsolidierungskonzept in diesem Jahr fortzuführen. Beim Beantragen der Stabilisierungshilfe hatte Eichenbühl bereits für 2014 ein Konzept erstellt und 2015 fortgeschrieben.

Gemäß Bescheid der Regierung von Unterfranken werde die Hilfe weiterhin gewährt mit der Auflage, bis spätestens Ende März in Zusammenarbeit mit dem Land-

ratsamt das ergänzte Konzept vorzulegen. Darin sind Angaben zu den 2016 bis 2019 erzielbaren Mehreinnahmen und Minderausgaben aufzunehmen. Weiterhin war eine Auflistung aller freiwilligen Leistungen von 2013 bis 2015 beizufügen.

Stromkosten reduzieren

Kämmerer Marco Schirmer erläuterte den Räten die Änderungen und Ergänzungen einer ganzen Reihe bisheriger Maßnahmen. Positiv für den Antrag würde sich die Reduzierung der Stromkosten um 30 Prozent durch eine Bündelausschreibung mit anderen

Gemeinden auswirken. Auch ehrenamtliche Arbeiten von Bürgern, wie die Übernahme von Pflegearbeiten für Gemeindegrundstücke in Windischbuchen und andere Projekte stehen auf der Positivliste. So spare die Gemeinde durch ehrenamtliche Arbeiten der Bürger beim Pflastern des Hauptwegs im Eichenbühler Friedhof knapp 10 000 Euro, so Schirmer. Auf anstehende Straßensanierungen werde man noch verzichten, wo es notwendig ist, reparieren. Kostendämpfend wirke sich hierbei auch die gemeinsame Ausschreibung von Arbeiten mit der Stadt Miltenberg aus.

Durch Sondertilgungen habe man hochverzinsliche Darlehen der Gemeinde vorzeitig ablösen können. Weiteres Sparpotenzial ergab sich durch eine Reduzierung der freiwilligen Leistungen.

Bescheid im November

Nach 68 000 Euro 2013 und 82 000 Euro 2014 habe man 2015 nur noch 31 000 Euro ausgegeben. Nach der vom Landratsamt erforderlichen Stellungnahme wird der Antrag an die Regierung von Unterfranken weitergeleitet. Mit einem Bescheid rechnet Kämmerer Schirmer nach den Erfahrungen der letzten beiden Anträge bis Ende November.